

Pazifikinseln kämpfen gegen Untergang

HONIARA. Für die Inselstaaten im Pazifik hat die Erderwärmung schon heute gravierende Folgen. Es droht eine Nahrungsmittelknappheit und mittelfristig der Untergang. Mit Landkäufen, genveränderten Pflanzen und einem Appell an die Klimasünder der Ersten Welt wehren sie sich.

ELIO STAMM

Die Menschen auf Luaniua am nördlichen Ende der Salomoninseln sind verzweifelt. Auch wenn ihr Dorf noch nicht im kristallblauen Pazifik zu versinken droht und der Sand schneeweiss glänzt wie immer: Die Klimaerwärmung ist für die 1200 Bewohner Luaniuas längst bittere Realität. Der Salzgehalt in ihrem Boden nimmt stetig zu. Die Süsskartoffeln in ihren Gärten werden nicht mehr so gross wie früher. Das macht Angst auf einem Atoll, das sämtliche importierten Lebensmittel erst nach einer zweitägigen Schiffsfahrt erreichen.

Im vergangenen Juli haben die Luaniuaner den Premierminister der Salomonen, Gordon Darcy Lilo, darum gebeten, einen Umsiedlungsplan zu entwerfen, ehe es zu spät sei. Lilo wiegelte ab, anerkannte aber: «Mittelfristig müssen wir uns darüber Gedanken machen.» Die Luaniuaner sind mit ihren Sorgen nicht allein. Rund zehn Millionen Menschen leben insgesamt auf den kleinen Atoll- und Inselstaaten im Pazifik. Sie gehören zu jenen, die weltweit am stärksten von der Klimaerwärmung betroffen sind.

Rückgang der Fischbestände

Eine kürzlich im Naturmagazin «Climate Change» publizierte Studie des Sekretariats der Pazifischen Gemeinschaft (SPC) zeigt, dass nicht nur der steigende Wasserpegel und vermehrte Naturkatastrophen wie der Zyklon, der Mitte Januar auf einer Inselgruppe im Königreich Tonga über 90 Prozent der Häuser zerstörte, eine Bedrohung sind. Auch Fisch, die grösste Proteinquelle der Inselbevölkerungen, wird stark vom Klimawandel betroffen sein. Im Ministaat Kiribati macht die Fischerei, hauptsächlich von Thunfisch, 40 Prozent der Einnahmen aus. Die erhöhten Wassertemperaturen dürften laut Wissenschaftlern die Thunfischschwärme in den kühleren östlichen Pazifik abwandern lassen. Dies wird in den westlichen Pazifikstaaten wie Papua-Neuguinea, den Salomonen, Tuvalu und Kiribati einen enormen wirtschaftlichen Einbruch zur Folge haben.

Noch dramatischer sind die befürchteten Auswirkungen auf die Küstenfischerei, die der oft als Selbstversorger lebenden Bevölkerung als direkte Nahrungsquelle dient. Die Korallenriffe leiden unter dem wärmeren Wasser,



Treffen die Prognosen der Forscher zu, werden sie in Zukunft weniger fangen: Kinder fischen am Hafen von Honiara auf den Salomonen. Bild: Rachel Skeates/friendsoftheweather.com

dessen pH-Wert durch die Absorption von CO₂ immer «saurer» wird, und bieten damit auch weniger Fischen eine Heimat. In Kombination mit den versalzenden Böden und der Tatsache, dass die Bevölkerung vor allem in den melanesischen Staaten Papua-Neuguinea und Salomonen rapide wächst, führt das dazu, dass im Südpazifik, wo die Menschen zwar meist arm, aber dank der üppigen Natur in den tropischen Gefilden selten hungrig sind, eine Nahrungsmittelknappheit droht.

Land in der Ferne gekauft

Die pazifischen Inselstaaten schauen der Entwicklung nicht tatenlos zu. Auf Fidschi hat das Zentrum für Pazifische Pflanzen und Bäume eine eigene Abteilung aufgebaut, die unter unzähligen Varianten von Maniok, Taro, Süsskartoffeln und Bananen jene finden soll, die den neuen klimatischen Bedingungen am besten standhalten. Diverse Staaten, unter anderen die Cookinseln und die Salomonen, sind bereits daran, ihren unter Druck geratenen Kleinbauern – unter anderem den eingangs erwähnten Luaniuanern – das neue Saatgut und das für den Anbau nötige Wissen zu vermitteln.

Kiribati wiederum hat Anfang des Jahres bestätigt, 2400 Hektaren Land auf Fidschi kaufen zu wollen. Gemäss dem Präsidenten von Kiribati, Anote Tong, soll dieses Land nicht zur neuen Heimat der eigenen Bevölkerung werden, sondern lediglich dem Anbau von Nahrungsmitteln dienen. Tong gab aber zu, dass man die Augen vor der Realität nicht verschliessen könne. «Abwanderung ist eine Option», erklärte Tong. «Die Wissenschaft sagt, es sei nur eine Frage der Zeit.» Je nach Szenario

könnte sein Land bereits 2050 unbewohnbar sein. Bis es so weit ist, kämpfen die Inselstaaten weiter. Am 5. September 2013 haben sie sich in Majuro, der Hauptstadt der Marshallinseln, auf eine Deklaration geeinigt, um dem Klimawandel geeint entgegenzutreten. Als Folge davon haben sich etwa die Cookinseln, Niue, Tuvalu und Vanuatu verpflichtet, sich bis 2020 komplett mit erneuerbaren Energien zu versorgen, Tonga will bis dann 50 Prozent erreichen.

Die Insulaner sind sich aber bewusst, dass ihre Bemühungen nur ein Tropfen auf den heissen Stein sind. An der Uno-Generalversammlung in New York von Ende September nutzten deshalb gleich drei Staatsoberhäupter von pazifischen Inselstaaten die Bühne, um die Industrieländer zu beschwören, ihre Bemühungen im Kampf gegen die Erderwärmung endlich zu intensivieren. Die Gelegenheit war günstig, nachdem die Uno kurz zuvor die durch den Menschen verursachte Erderwärmung in ihrem

fünften Weltklimabericht als so gesichert wie noch nie dargestellt hatte. Kiribati-Präsident Tong beklagte, dass «die Welt 20 Jahre nach dem Klimagipfel von Rio de Janeiro schlechter dasteht». Der Präsident der Marshallinseln, Christopher J. Loeak, dem Anfang 2013 eine Flutwelle den Garten unter Wasser gesetzt hatte, sagte: «Es ist Zeit für Taten, nicht für Worte.»

Die Deklaration von Majuro hat international breite Unterstützung er-

halten, auch wenn – oder gerade weil – ihre Ziele nicht über jene des Kyoto-Protokolls hinausgehen. Es geht den pazifischen Führern aber auch mehr darum, ein Zeichen zu setzen. Die USA, Grossbritannien, Indonesien, Frankreich, Thailand, Malaysia, Südkorea, die Philippinen und die EU haben angekündigt, der Deklaration beizutreten zu wollen. Die Pazifikstaaten sprachen auch bei Uno-Generalsekretär Ban Ki Moon vor und hoffen, dass ihre Bemühungen 2015 zur Unterzeichnung neuer globaler Klimaziele beitragen.

Enttäuscht vom grossen Bruder

Umso irritierter zeigen sich die Inselstaaten über die geänderte Klimapolitik Australiens. Die wichtigste Regionalmacht hat unter der neuen Regierung des liberalen Tony Abbott ihre Bemühungen, den CO₂-Ausstoss einzudämmen, abgeschwächt (siehe Kasten). Marshallinsel-Präsident Loeak kommt zu einem resignierten Schluss: «Wir sahen in Australien den grossen Bruder und haben gehofft, er würde den Kampf gegen den Klimawandel mit uns führen. Nun aber gefährdet Abbott mit seiner Politik das Überleben unserer Inselnationen.»

«Mittelfristig müssen wir uns über einen Umsiedlungsplan Gedanken machen»

Gordon Darcy Lilo, Premierminister Salomonen

Premier Abbott blendet die Wissenschaft aus

Tony Abbott, seit letztem September australischer Premierminister, ist nicht dafür bekannt, die Erderwärmung ernst zu nehmen. Seine liberal-konservative Regierung hat die staatliche Klimakommission abgeschafft und will – eine Mehrheit im Senat vorausgesetzt – dasselbe auch mit der CO₂-Steuer tun.

Dabei schrillen auch in Australien die Alarmglocken der Natur. 2013 war das heisseste Jahr in der Geschichte Australiens, seit es Aufzeichnungen gibt. Und 2014 startete mit einer Hitzewelle. In Adelaide und Melbourne stiegen die Temperaturen Mitte Januar für mehrere Tage auf über 40 Grad Celsius. Mit der Hitze kamen auch die Buschbrände. In den Bundesstaaten Victoria (Melbourne) und South Australia (Adelaide) waren zeitweise Dutzende Feuer ausser Kontrolle. Das

weckt Erinnerungen an Oktober 2013, als rund um Sydney über 60 Häuser den Flammen zum Opfer fielen und Abbotts Regierung wegen ihres Klimakurses erstmals unter Druck kam.

Klimaskeptiker als Berater

Abbott tat die Buschbrände im Oktober mit folgendem Satz ab: «Die Feuer gehören zum australischen Alltag und haben nichts mit dem Klimawandel zu tun.» Und auch die Hitzewelle scheint ihn nicht gelütert zu haben. Erst kürzlich hat er Maurice Newman zum Chef seines Wirtschaftsberaterenteams ernannt. Newman ist als Klimaskeptiker bekannt, kritisiert den Weltklimarat als von den «Grünen unterwandert» und liess sich zur Hitzewelle wie folgt zitieren: «Ich sehe keinen Zusammenhang zwischen den Behauptungen gefährlicher

CO₂-Emissionen durch die Menschheit und diesem Rekord.»

Die Wissenschaft widerspricht dem deutlich. Das australische Klimakonzept, die private Nachfolgeorganisation der von Abbott abgeschafften Klimakommission, veröffentlichte noch während der Hitzetage eine Studie, die zum Schluss kommt, dass Hitzewellen wegen des Klimawandels künftig häufiger, heisser und länger würden. Es gäbe schon in diesen Jahren dreimal mehr Hitze- als Kälterekorde zu verzeichnen und die Anzahl heisser Tage in Australien habe sich mehr als verdoppelt. Peter Stott, ein britischer Klimawissenschaftler, unterstützt diesen Befund in der «Financial Times»: «Die letztjährigen Temperaturen waren weit ausserhalb der natürlichen Abweichungen, die wir auch ohne Klimawandel erwarten dürften.» (els)

